Hansestadt Stralsund

Anträge
Vorlage Nr.: AN 0063/2015
öffentlich

Titel: Demokratie, Toleranz und Demonstrationskultur
Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Federführung:	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum:	31.03.2015
Einreicher:	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen		

Beratungsfolge	**Termin**	
Bürgerschaft	09.04.2015	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund bekennt sich zu folgenden Überzeugungen:

1. Die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen sind sich einig, dass in der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus alle demokratischen Kräfte zusammenstehen müssen. Sie werden deshalb auch in Zukunft über die Parteigrenzen hinweg bei diesem wichtigen Anliegen vertrauensvoll zusammenarbeiten und geschlossen auftreten.

2. Die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen distanzieren sich von jeder Form von Gewalt. Sie bekennen sich zu dem Grundsatz, dass die Werte des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats überzeugend nur mit rechtsstaatlichen Mitteln verteidigt werden können.

3. Sitzblockaden können im Rahmen des rechtlich Erlaubten ein wirksames Mittel der Demonstration gegen rechtsextremistische Aufmärsche sein. Sie sind aufzulösen, wenn sie die Grenzen zur Straftat überschreiten.

4. Für die friedlich gegen rechtsextreme Aufmärsche Demonstrierenden ist die Polizei nicht Gegner, sondern Partner. Das werden die demokratischen Fraktionen der Hansestadt Stralsund immer wieder deutlich machen, Verständnis für die schwierige Aufgabe der Polizei wecken und dazu aufrufen, den Beamtinnen und Beamten nicht feindlich entgegenzutreten.

5. Die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen erwarten von den Versammlungsbehörden und der Polizei, dass friedliche, die Rechtsordnung wahrende Demonstranten nicht gleichgesetzt werden mit denjenigen, für die Demonstrationen ein willkommener Anlass für Gewalt und gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei sind. Diese Differenzierung muss sowohl bei den Vorbereitungsmaßnahmen als auch bei den Einsatzmaßnahmen beachtet werden.

6. Die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen erwarten, dass die Demonstrationen wie bisher durch Kooperationsgespräche der Versammlungsbehörden unter Beteiligung der Polizei vorbesprochen und nachbereitet werden. Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass während der Versammlungen auf allen Seiten verlässliche Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen, damit eine reibungslose Kommunikation gewährleistet ist.

7. Sollte es bei Demonstrationen Anlass zu Kritik am Verhalten von Einsatzkräften geben, erwarten die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen in jedem Einzelfall ebenso rasche und rückhaltlose Aufklärung wie bei strafrechtlichen Ermittlungen zu Rechtsbrüchen im Rahmen der Demonstration..

Begründung: erfolgt mündlich